

Antrag 2025/I/Woh/4

Kreis Wandsbek

Mobilitätsangebote bei Bauvorhaben an die Bedarfe anpassen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Senat, die sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren und die SPD-Fraktion in der
- 3 Hamburgischen Bürgerschaft werden gebeten, sicherzustellen,
- 4 1) dass die Bezirke auch für Bauvorhaben (Wohnungen und Gewerbe) im bestehenden Plan-
- 5 recht, in Bezug auf die Ermittlung des notwendigen Pkw-Stellplatzbedarfs sowie der ggf. ein-
- 6 schlägigen Reduzierungsfaktoren (einschließlich Lagegunst) die Zuständigkeit behalten oder
- 7 erhalten, die Annahmen der Vorhabenträger zu überprüfen und ggf., auch vor dem Hintergrund
- 8 des Parksuchverkehrs und -drucks im jeweiligen Quartier, im Rahmen des erforderlichen Be-
- 9 darfs im Einzelfall anzupassen; 2) dass der Bauprüfdienst "Mobilitätsnachweis" entsprechend
- 10 angepasst wird.

11 **Begründung**

- 12 Seit der Änderung der Hamburgischen Bauordnung im Jahr 2013 besteht bei der Errichtung von
- 13 Wohngebäuden keine Nachweispflicht für Stellplätze mehr. Die Vorhabenträger entscheiden in
- 14 eigener Verantwortung darüber, wie viele Stellplätze bei Wohnungsbauten in angemessenem
- 15 Umfang herzustellen sind.
- 16 Mit den Empfehlungen für die Ermittlung der mobilitätsbezogenen Bedarfe von Wohnnutzun-
- 17 gen unterstützt die FHH Bauende und Planende bei der Ermittlung eines angemessenen Stell-
- 18 platzbedarfs unter Berücksichtigung der örtlichen Verkehrsverhältnisse im Quartier, der Anbin-
- 19 dung an den öffentlichen Nahverkehr und neu zu schaffender alternativer Mobilitätsangebote.
- 20 Die Gestaltung von Mobilitätsbedarfen beginnt mit der Stadtentwicklung im Quartier, deshalb
- 21 ist insbesondere im Wohnungsbau die Mobilität der Bewohnenden ausreichend sicherzustel-
- 22 len. Fehlende Mobilitätsangebote in einem neuen Quartier wirken sich vielfach negativ auf die
- 23 bestehenden benachbarten Quartiere aus und führen zu großem Unmut in der Nachbarschaft,
- 24 der auch die Lokalpolitik immer stärker beschäftigt. Die Politik einer wachsenden Stadt muss
- 25 darauf bedacht sein, alle Interessen der Betroffenen im Blick zu behalten und bei Bedarf ge-
- 26 meinnützige und angemessene Anpassungen im Einzelfall vornehmen zu können. Nicht alle
- 27 Vorhabenträger setzen die bestehenden Regeln und teils interpretierbaren Vorgaben hinsicht-
- 28 lich der tatsächlichen Mobilitätsbedarfe adäquat um, da diese Investitionskosten als vermeid-
- 29 bar gelten.
- 30 Insbesondere auch durch Bauvorhaben ohne jeden bzw. deutlich zu niedrig bemessenen Stell-
- 31 platzbedarf in vielen Quartieren der Stadt hat sich gezeigt, dass dringend neue Instrumente
- 32 zur Einflussnahme erforderlich sind.